

## Die Reaktion in der Kommunistischen Partei auf die Aufbrüche in Ost-Europa

Tran Xuan Bach, ein führendes Mitglied des Politbüros, ergriff Mitte Dezember die Initiative für eine Auseinandersetzung mit den Aufbrüchen in den sozialistischen Ländern Ost-Europas und erklärte auf einem Forum der Zeitschrift *Schrittmacher* (Tien Phong): "Wir dürfen nicht meinen, daß die Turbulenzen nur in Europa vorkommen und die Verhältnisse in Asien stabil bleiben. Kein Land kann sich für absolut stabil halten. Alle sozialistischen Länder durchlaufen jetzt einen evolutionären Prozeß, sie haben überfällige Widersprüche zu lösen und müssen alte Lasten und Hindernisse beseitigen." Damit reagierte er auf die wachsende Kritik von Kadern, Veteranen der Revolution, Schriftstellern und Studenten an der Führung der Partei und den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes und eröffnete die Debatte zur Vorbereitung der achten Sitzung des Zentralkomitees im März und zum siebten Parteikongreß, der von 1991 auf Ende des Jahres vorverlegt werden soll. Tran Xuan Bach gilt als Ideologe der Partei und Verfechter eines Reformkurses (Doi Moi - Erneuerung), der auf dem sechsten Parteitag im Dezember 1986 verabschiedet wurde, aber von Generalsekretär Nguyen van Linh offensichtlich aus Rücksicht auf orthodoxe Kräfte in der Partei nur zögernd umgesetzt wird.

Die Öffnung oder der Zusammenbruch der kommunistischen Parteien in Polen, Ungarn, der CSSR, Rumänien, der DDR und der UdSSR selbst werden als "fundamentale Krise im sozialistischen System" (Vo Chi Cong, Vorsitzender des Staatsrates) bezeichnet, aber vorwiegend auf Fehler der Parteiführung, Machtmißbrauch, Korruption und luxuriösen Lebensstil der Parteiführung zurückgeführt. Besonders herausgestellt wird, daß der Sozialismus in Osteuropa nicht aus den Ländern selbst stammt, sondern von der UdSSR eingeführt wurde, während die Sozialistische Republik Vietnam von

einer eigenständigen kommunistischen Partei getragen wird. In der regierungsabhängigen Presse wird lediglich über personelle Veränderungen in den Parteien Osteuropas berichtet, nicht jedoch über einschneidende Veränderungen, wie die Öffnung der Berliner Mauer oder die Hinrichtung von Ceausescu.

Nguyen van Linh führt die Krise auf Konspiration und Einmischung des Auslandes zurück: "Der Imperialismus unter der Führung der USA versucht Vorteile aus unseren Schwierigkeiten zu ziehen und nutzt gleichzeitig die Fehler in gewissen sozialistischen Ländern aus und hofft darauf, den Sozialismus zu unterdrücken und die nationale Unabhängigkeit zu untergraben." (aus einem Artikel in der jüngsten Ausgabe des theoretischen Organs der Partei "Tap Chi Quoc Phong Toan Doan")

Präsident Vo Chi Cong erklärte auf der sechsten Sitzung der achten Nationalversammlung Mitte Dezember 1989, daß sowohl "anti-sozialistische politische Kräfte" aus dem Ausland, als auch eine "ethische Degeneration und mangelhafte Selbstkritik" für die Krise verantwortlich sind, vertrat aber mit Zuversicht, daß "der Sozialismus so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß er nicht zerstört werden kann." An der führenden Rolle der kommunistischen Partei halten alle Strömungen fest. Ein Mehrparteiensystem bedeutet für sie ein Rückfall in bürgerliche Verhältnisse. Tran Xuan Bach fordert stattdessen demokratische Reformen und die Zulassung unterschiedlicher politischer Positionen, wie er in einem Beitrag erläuterte, der im Untergrundmagazin *Tradition und Widerstand - Stimmen der Widerstandskämpfer* abgedruckt wurde.

Reformer um Tran Xuan Bach fordern, daß die überfällige Wirtschaftsreform mit politischen Reformen gekoppelt wird: "Man kann nicht mit einem langen und einem kurzen Bein gehen", und offensichtlich mit Blick auf China: "Eini-

ge Länder meinen, sie brauchen keine Erneuerung, während andere rasche wirtschaftliche Veränderungen durchführen, jedoch politische Reformen verzögern."

Ob sich die Reformer durchsetzen, ist abzuwarten. Mit einer Unterstützung von der Straße wie in Osteuropa werden sie kaum rechnen können, denn in der hierarchisch geprägten Struktur des Landes ist eine offene Kritik an der Regierung nicht üblich. Und es gibt keine Gewerkschaften, die mit Arbeitsniederlegung einen Reformprozeß beschleunigen könnten. Die ausstehenden Reformen werden daher von der Partei selbst erwartet.

vgl. BP v. 27.12.89; LM v. 17.1.90; South v. Jan. '90; FEER v. 1.2.90

## Die Partei übt strengere Kontrolle über die Presse aus

Auf der Sitzung des achten Nationalkongresses Mitte Dezember 1989 wurde ein Pressegesetz verabschiedet, das erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit beinhaltet. Es bedeutet im einzelnen:

- die gesamte Presse wird der Partei unterstellt.
- die private Presse wird eingeschränkt. Neuanträge werden einer gründlichen Prüfung auf Prinzipien und Zielsetzung unterzogen, damit begründet: "Es besteht kein Bedarf, private Sektoren Zeitungen herausgeben zu lassen"... "besonders unter den gegenwärtigen Bedingungen des Landes."
- Chefredakteure dürfen nur mit Zustimmung der staatlichen Stelle für Pressewesen ernannt oder abgelöst werden.
- Journalisten können vom Vorsitzenden des Volksgerichts einer Provinz verpflichtet werden, ihre Quellen offenzulegen.
- Unter Strafe gestellt werden: "Angriffe auf die Politik und Anordnungen der Partei, Staatsgesetze und den Sozialismus, Zerstörung von Solidarität des Volkes, die Verursachung von Verdächtigungen und die Untergrabung des Vertrauens."

Gegen das neue Gesetz gibt es einen starken Widerstand unter Journalisten und Herausgebern von privaten Zeitungen und Magazinen, aber auch unter Mitgliedern der Partei, pointiert vom Generalsekretär des Schriftstellerverbandes Nguyen Dinh Thi auf einem Kongreß des Verbandes, der der Partei "einen Mangel an innerer Demokratie und irrige, engstirnige und primitive Standpunkte" vorwirft.

vgl. BP v. 27.12.89; FEER v. 11.1.90; AW v. 26.1.90

## Die Abnabelung von der sowjetischen Hilfe

Auf den vietnamesisch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen im Januar und Februar über die Finanzierung des Fünfjahresplans 1991-95 wurde die Hilfe der UdSSR in allen Bereichen um etwa 15-20 % gekürzt. Die Wirtschaftshilfe der UdSSR für den laufenden Fünfjahresplan bis Ende 1990 beträgt umgerechnet 14,5 Mrd. US\$. Die Hilfe aus den anderen Staaten des Ostblocks wird auf 20-30 % der sowjetischen Hilfe geschätzt. Die jährliche Kürzung um etwa 500 Mio. US\$ bedeutet eine erhebliche Belastung der Wirtschaft beim Versuch, die Inflation unter Kontrolle zu bringen, die Reisproduktion zu steigern und die Exporte zu erhöhen. Bereits für 1990 wurde die Hilfe für Treibstoffe, Baumwolle, Zement und Stahl um 20 % gekürzt.

Die Wirtschaftshilfe der UdSSR für Kambodscha (Phnom Penh) betrug 1987 180 Mio. US\$, für Laos 125 Mio. US\$. Dafür sind keine Kürzungen vorgesehen.

Seit dem sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrag von 1978 wurden 250 Großprojekte, wie Produktionsstätten und Staudämme, von der UdSSR gefördert. Der Außenhandel wird zu 2/3 mit der UdSSR abgewickelt. In den vergangenen zehn Jahren bezog Vietnam fast den gesamten Bedarf an Treibstoffen aus der UdSSR, 2/3 des Kunstdüngers und an Zement und 40 % an Stahl. Die Ver-

schuldung bei der UdSSR beträgt umgerechnet 16 Mrd. US\$ (bei westlichen Ländern 2 Mrd US\$ und beim IWF 130 Mio. US\$).

Die Diversifizierung der Außenbeziehungen und die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit den ASEAN-Staaten, Japan und westlichen Industrieländern ist bisher nicht gelungen und an der Isolationspolitik der USA seit 1975 und dem Embargo der Industrieländer seit der Invasion nach Kambodscha Ende 1978 gescheitert. Italien hat als erstes Land der EG im letzten Dezember ein Abkommen über bilaterale Wirtschaftshilfe und wissenschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen.

Die sowjetischen Delegierten der Wirtschaftsverhandlungen kritisierten die ineffiziente Zusammenarbeit Vietnams mit der UdSSR: "Bisher haben wir Geld gezahlt, ohne die Vietnamesen zu fragen, wofür sie es ausgeben. Aber das nützt nicht der Entwicklung und führt zu Stagnation. Wir streben jetzt eine neue Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen an." Die neue Grundlage heißt Konkurrenz und Preise zu Weltmarktbedingungen. Die Vorzugspreise für sowjetische Waren werden gestrichen. Und Geschäfte werden nur abgeschlossen, wenn sie sich lohnen. Bisher ist Vietnam nur zu 70 % den vereinbarten Exporten aus den sog. Kompensationsgeschäften mit der UdSSR nachgekommen.

Auch Polen und Ungarn wollen ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam reformieren. Polen hat z. Bsp. in den letzten Jahren Waren im Wert von 112 Mio. US\$ jährlich eingeführt, jedoch nur für 32 Mio. US\$ jährlich nach Vietnam exportiert. Polen sucht für die ineffizient arbeitenden Großprojekte aus den sechziger und siebziger Jahren Beteiligungen aus dem Westen, wie für die von Polen aufgebaute Schiffswerft in der Ha Long Bay und die Fabrik für Eisenbahnwagons in Hanoi.

vgl. *South v. Jan.90; FEER v. 4.1.90; AW v. 12.1.90; LM v. 17.1.90; SOAA v. Jan. '90*

### Amnesty International: Vietnam-Bericht 1990 - Aussichten auf bessere Garantie der Menschenrechte

Der Bericht von Amnesty International vom 21. Februar: "Vietnam, Erneuerung (Doi Moi), die Gesetzgebung und Menschenrechte in den Achtzigern" stellt fest, daß seit den Reformbeschlüssen vom sechsten Parteitag vom Dezember 1986 Rechtsreformen eingeführt wurden, die eine verbesserte Grundlage für die Garantie der Menschenrechte in Vietnam abgeben. Trotzdem existieren unverändert viele Formen der Menschenrechtsverletzungen. Durch die Strafrechtsreform von 1986 und der Strafvollzugsreform von 1989 sind allgemeingültige Rechtsprinzipien eingeführt worden: niemand darf für schuldig gehalten werden, solange keine Schuld nachgewiesen ist; Niemand darf ohne Gerichtsbeschuß inhaftiert werden; jeder hat das Recht auf Rechtsbeistand, und zwar nach eigener Wahl u.a.. Dadurch wurde auch die "Rechtlosigkeit" der in "Umerziehungslagern" (reeducation camps) inhaftierten ehemaligen Regierungs- und Militärangehörigen aufgehoben.

Die Todesstrafe besteht jedoch unverändert. Seit 1975 wurden 107 Todesurteile verhängt und 26 Menschen hingerichtet.

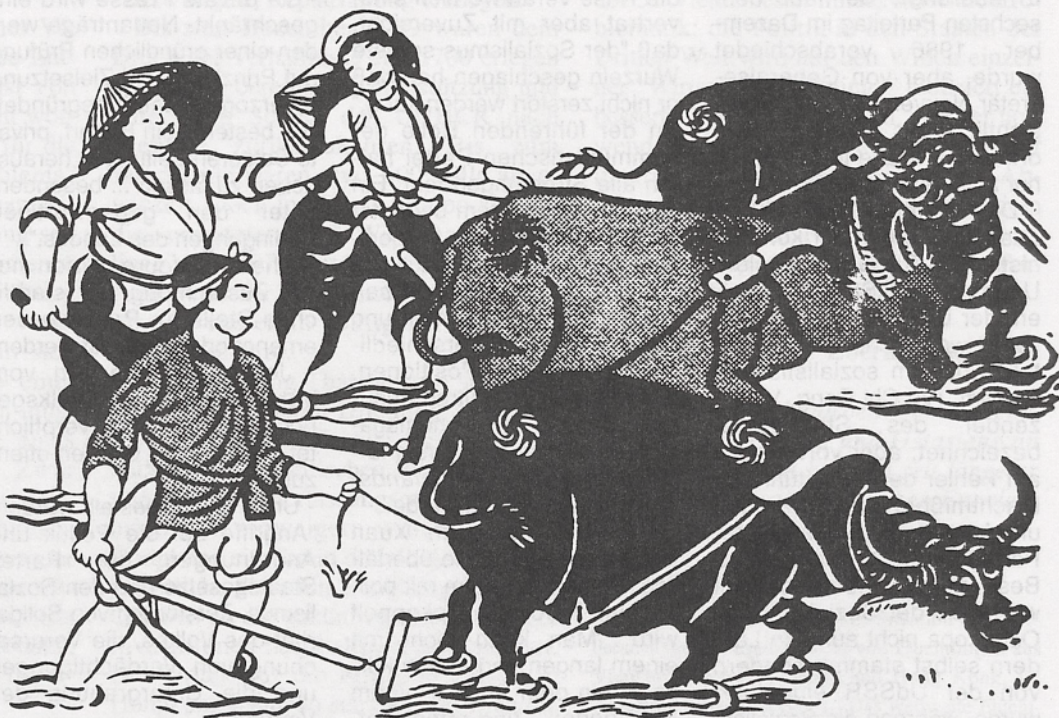
Durch die Amnestieerlasse von 1987 und 1988 wurden viele politische Gefangene freigelassen, darunter über 1.500 ehemalige Angehörige der süd-vietnamesischen Administration aus den "Umerziehungslagern". Nach Informationen von A.I. sind gegenwärtig noch 130 Personen in "Umerziehungslagern" inhaftiert. Die Zahl der politischen Gefangenen ist nicht bekannt. Eine Delegation von A.I. konnte im Mai 1989 ein "Umerziehungslager" in der Provinz Thuan Hai besuchen, erhielt aber keine Erlaubnis, eines der großen Gefängnisse, wie das Gefängnis von Chi Hoa im ehemaligen Saigon, zu besuchen.

Es gibt viele Gefangene, die seit mehreren Jahren ohne Verfahren inhaftiert sind, häufig wegen "Verbrechen gegen die Staatssicherheit" (crimes against national security). Unter den Beschuldigten befinden sich Mönche, Prie-

ster, Nonnen, Pastoren, Schriftsteller, Künstler, Angehörige der chinesischen Minderheit und auf der Flucht Verhaftete (illegal departure).

Z. Bsp. der Schriftsteller Nguyen Chi Thien, 1932 in Hanoi geboren, hat über die Hälfte seines Lebens im Gefängnis verbracht. Zum ersten Mal wurde er 1958 wegen der Herausgabe eines Literaturmagazins während der "Hundert-Blumen-Bewegung" inhaftiert; 1965 wurde er zu 13 Jahren "Umerziehungslager" verurteilt und ist nach seiner Freilassung 1978 wiederum inhaftiert worden und bis heute im Gefängnis, weil er ein Manuskript mit Gedichten ins Ausland geschmuggelt hatte. Der Gedichtsband ist inzwischen unter dem Titel "Blumen aus der Hölle" erschienen.

vgl. *Amnesty International: "Vietnam, Renovation (Doi Moi), The Law and Human Rights in the 1980s", London, Feb. 1990, 70 S.*



aus: Hoa - Binh, Nr.8,1987